



Foto: transit/Polentz

Mit kalten Händen und heißen Herzen: Engagement für Tarifautonomie!

DIE BRÜCKEN BEWAHREN

Tarifautonomie als Grundpfeiler sozialer Demokratie erhalten

Proteste gegen die rot-grüne Sparpolitik seien „nicht besonders aussichtsreich“, meinte DGB-Chef Sommer im Herbst resigniert. Dann wurden er und andere am 1. November eines Besseren belehrt. Die „Demonstration gegen den sozialen Kahlschlag“ in der Berliner Innenstadt brachte 100 000 Menschen auf die Beine. Die zumeist selbst gefertigten Texte auf Transparenten und Tafeln zeugten von Ironie und Wut. Bissig wurden die SPD, Kanzler Schröder, speziell aber Agenda 2010, Hartz und Rürup sowie die Gesundheitsreform ins Visier genommen. Das „gigantischste Verarmungsprogramm“, das dieses Land je durch eine Regierung gesehen habe, prangerten Ilona Plattner vom Attac-Koordinierungskreis an und rief den Teilnehmern der Abschlusskundgebung unter Beifall zu: „Wir holen uns die Selbstbestimmung über unsere Zukunft zurück. Wir

sind überall, wir sind viele und wir kommen wieder.“

Das scheint bitter nötig. Denn bei Gesundheits- und Rentenreform oder „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“, sprich: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und „Zumutbarkeit“ jeder Arbeitsgelegenheit, hören die Attacken gegen soziale Standards nicht auf. Auch die Tarifautonomie, ein zementiert geglaubter

Kehrtwende – weg vom Sozialabbau!

Ausdruck von Koalitionsfreiheit, gerät ins Visier der „Reformer“. Noch machen sich vor allem die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP für die arbeitgeberfreundliche Forderung nach Beerdigung von Tarifverträgen und „Einschränkung“ der Tarifautonomie stark. Doch auch im Regierungslager

scheint es so manchem an der Zeit, das bewährte Tarifvertragssystem zur Disposition zu stellen.

Dagegen regt sich Widerstand. Am 1. Dezember demonstrierten Tarifkommissionen von ver.di und IG Metall sowie Mitglieder des Erwerbslosenausschusses von ver.di Berlin vor der SPD-Zentrale in Kreuzberg unter dem Motto „Zukunft gestalten – Tarifautonomie erhalten!“ Wenn künftig nicht mehr gleiche Mindestarbeitsbedingungen tarifvertraglich sichergestellt würden, wenn stattdessen „betriebliche Bündnisse“ dem Lohndumping Vorschub leisten oder Arbeitslose als Lohndrücker fungieren könnten, dann schaffe das keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz. Es rüttelte jedoch an den Existenzbedingungen Hunderttausender Arbeitnehmer, argumentierten Betriebsräte. „Wenn Beschäftigungssicherung zum Thema wird, dann kann diese sinnvoll

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Was wird 2004 besser?

SEITE 4

Tarifrecht im Ausverkauf

SEITE 6

Potsdamer Ambitionen für die Kulturhauptstadt 2010

MITTELSEITEN:

RBB-Fusion mit Gerechtigkeitslücken

SEITE 10

Rauer Wind bei zitty

SEITE 13

Schriftsteller bei den streikenden Studenten

Herausgeber und Redaktion wünschen allen Lesern erholsame Weihnachtsfeiertage, einen guten Rutsch und für das Neue Jahr 2004 neben viel Gesundheit auch weiterhin Optimismus und Standfestigkeit!



nur im Rahmen von Tarifverträgen gestaltet werden. Alles andere führt zu Lohnsenkungsstrategien...“, heißt es in einer von der Kundgebung verabschiedeten Resolution. „Wir wollen eine Kehrtwende – weg vom Sozialabbau“, forderten Erwerbslosenvertreter.

Mit einer zehntägigen Mahnwache wollten Gewerkschafter der Region Berlin-Brandenburg der SPD den Rücken stärken, „nicht einzuknicken“ und nicht „die letzten Brücken zu den Gewerkschaften abzurechen“, wie es Günther Waschkuhn, stellvertretender ver.di-Landeschef von Berlin-Brandenburg, ausdrückte. Sie wollten speziell auch den CDU-Politikern Nachhilfe in Sachen Vertragstreue geben. **H. N.**

In diesen Tagen wird über eine für die Gewerkschaften grundlegende Frage entschieden – die Zukunft der Tarifautonomie und damit unseres Tarifvertragssystems. Geht es nach CDU/CSU, FDP und nach Teilen der SPD, dann werden Tarifverträge demnächst zu Mustern ohne Wert. Bisher gilt, dass mit Tarifverträgen gleiche Mindestbedingungen für die Beschäftigten (und damit auch gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen) vereinbart wurden. Bisher gilt auch, dass Tarifverträge ausschließlich von Gewerkschaften abgeschlossen werden, die damit die Interessen der abhängig Beschäftigten vertreten und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen, ihr Einkommen, ihre Arbeitszeit gestalten.

Die Tarifautonomie ist Ausdruck der Koalitionsfreiheit und hat in Gestalt des Artikels 9 Absatz 3 des Grundgesetzes einen wesentlichen Verfassungsrang. Denn Koalitionsfreiheit lässt sich nur dann ausüben, wenn sie das Recht beinhaltet, zur Gestaltung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Kollektivverträge abzuschließen und, z. B. durch Streiks, dazu sozialen Druck auszuüben. Deshalb formuliert auch das Bundesverfassungsgericht: „Die Tarifautonomie ist darauf angelegt, die strukturelle Unterlegenheit der einzelnen Arbeitnehmer beim Abschluss von Arbeitsverträgen durch kollek-

tives Handeln auszugleichen ...“ (Bundesverfassungsgericht 26. Juni 1991)

Die Arbeitgeber wollen nun eine Spirale nach unten in Gang setzen – sie wollen Belegschaften unter Druck setzen und sich zu Lasten anderer Betriebe Konkurrenzvor-

laub und weiteren Regelungen zu verschlechtern. Volkswirtschaftlich wird damit eine weitere Reduzierung der Massenkaufrkraft verursacht und die Krise verschärft.

Mit „Öffnungsklauseln“, mit der Beseitigung des Günstigkeitsprinzips und mit der Möglichkeit,

trieben“ entgegensezsetze, ist pure Heuchelei. Belegschaften und Betriebsräte sind erpressbar. Der Arbeitgeber braucht nur Krisensituationen auszunutzen und nach dem Motto „Ein schlechter bezahlter Arbeitsplatz ist immer noch besser als gar keiner“ Jobsicherung zu versprechen.

Den unabhängigen Gewerkschaften, die diesem Erpressungsdruck nicht ausgesetzt sind, die handlungs- und streikfähig sind, soll neben allen anderen Angriffen auf Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards mit der Tarifautonomie das entscheidende Instrument der kollektiven Gegenwehr aus der Hand geschlagen werden.

Aktionen sind notwendig, um dafür zu sorgen, dass das Ziel der CDU/CSU nicht realisiert wird, über die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss Veränderungen des Tarifvertragsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes durchzusetzen. Eine erste Wirkung gewerkschaftlicher Proteste war, dass der SPD-Bundesparteitag sich gegen alle Versuche gewendet hat, das deutsche Tarifvertragssystem auszuhöheln und das Fundament der Tarifautonomie zu zerstören.

Leider hat die Vergangenheit gezeigt, dass die „Haltbarkeit“ von Parteitagebeschlüssen mit Skepsis zu beurteilen ist. Deshalb können wir uns nur auf unsere eigene Kraft verlassen.

AUF EIN WORT NUR NOCH MUSTER OHNE WERT?



Foto: transit/Polentz

GÜNTHNER WASCHKUHN,
STELLVERTRETENDER VER.DI-LANDESLEITER

teile verschaffen. In der Folge verlangen die Konkurrenten von ihren Beschäftigten die gleichen Zugeständnisse. Der Wettlauf um die niedrigsten Kosten und schlechtesten Arbeitsbedingungen wird dann schönfärberisch als „betriebliche Bündnisse“ getarnt. Doch Sozialdumping schafft keinen einzigen Arbeitsplatz, es dient nur dazu, tarifliche Mindestbedingungen bei Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Ur-

teile verschaffen. In der Folge verlangen die Konkurrenten von ihren Beschäftigten die gleichen Zugeständnisse. Der Wettlauf um die niedrigsten Kosten und schlechtesten Arbeitsbedingungen wird dann schönfärberisch als „betriebliche Bündnisse“ getarnt. Doch Sozialdumping schafft keinen einzigen Arbeitsplatz, es dient nur dazu, tarifliche Mindestbedingungen bei Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Ur-

BUCHTIPP

HERBELLS HERZTÖNE

NORA 2002

Einige der tiefwurzelnden Verse des Dichters Verlaine weiß er auswendig, und die Werke von Thomas und Heinrich Mann kennt er alle. Ein gebildeter, belesener Mann, dessen innere Welt keinen Bildungsnotstand kennt. Nicht erst dann, aber dramatisch, kommt mit der Affäre um das „Sputnik“-Verbot seine innere Maxime von der guten, der gerechten sozialistischen Sache ins Wanken. Parateidisziplin und Gewissen, besseres Wissen, kommen in Konflikt – doch es siegt der Parteigehorsam. Die Rede ist von dem schmalen Büchlein „Herztöne. 19 kurze Texte und eine wahre Geschichte“ und seinem Verfasser Hajo Her-

bell. Er war viele Jahre Stellvertreter des Chefredakteurs der Zeitung „Neues Deutschland“. Voriges Jahr gab er seine Geschichten – bald Essay, bald Feuilleton – einem kleinen Berliner Verlag zum Druck, der mit seinen „books on demand“, Bücher auf Verlangen, davon lebt, dass die Autoren dafür zahlen. So kommt es, dass dieses Büchlein kaum in Berliner, gar nicht in Auslagen anderer deutscher Buchhandlungen zu finden ist. Schade.

Denn der Autor weiß die guten und schlechten Seiten der sozialistischen Gesellschaft, in der er Mitverantwortung trug, ebenso zu sehen wie die guten und schlechten Eigenschaften der wiedergekehrten kapitalistischen Ordnung. Und er geht mit sich, seinem Teil Verantwortung, seiner Arbeit in der und für die DDR ebenso ins Gericht wie mit den Gebrechen und Verbiegungen der Jetztzeit.

Also zum „Sputnik“, jenem sowjetischen Magazin, das ähnlich wie „Readers Digest“ Beiträge aus der Presse des Landes auch in einer deutschen Ausgabe veröffentlichte. Bekanntlich hatte Erich Honecker wegen eines Artikels, der angeblich die Geschichte der KPD verunglimpfte, den Sputnik verbieten lassen – zum Erstaunen des Postministers, der am Morgen in der Zeitung las, dass er dies getan habe, um weiteren Schaden von der deutsch-sowjetischen Freundschaft abzuwenden.

Herbell schildert nun in der dritten Person, wie der „Stellvertreter“ verdonnert wird, eine wütende Rede des „Chefs“ beim Mittagstisch über die Verfehlungen des „Sputnik“ in einen Kommentar umzuwandeln – denn das Volk, viele in der Partei selbst, reagierten mit unüberhörbaren Protesten gegen das Verbot.

Der Stellvertreter mußte schließ-

lich den Kommentar selber unterzeichnen, und er zieht den Schluß „Der Chef wußte, was er tat. Wußte der Stellvertreter nicht, dass er Falsches getan und vor sich selbst versagt hatte?... Diese Geschichte zeigt, wie man schuldig wird. ...“

Herbell schreibt 19 Geschichten. Immer wieder kommt die DDR ins Blickfeld. Zum Schluß schreibt er: „Es war ein gutes Land, und es war auch ein schlechtes Land, sonst hätten es nicht so viele verlassen. Es war ein schlechtes Land, aber es hat auch viel Gutes gestiftet. Ich kann es nicht verklären, aber ich werde es nicht verteufeln. So sind sie eben beschaffen, die Widersprüche“. Dr. Hajo Herbell starb kurz vor seinem 80. Geburtstag im Februar 2003.

Hans-Hermann Krönert

Hajo Herbell: *Herztöne. 19 kurze Texte und eine wahre Geschichte. NORA 2002, ISBN 3-935445-92-X, 14,90 Euro.*

Schöne Bescherung!

Foto: transilPolentz



Sehen Sie, geschätzte Leserinnen und Leser, sieht Ihr liebe Gewerkschaftskollegen und -kollegen eigentlich durch, was der Weihnachtsmann, gerne auch die Weihnachtsfrau oder das Weihnachtengelchen, in den Sack geschnürt bekommen haben? Die Politik schickt uns höflicherweise zwar mit guten Wünschen, aber auch gehörig Verwirrung ins neue Jahr. Nichts Genaues weiß man nicht – so sollen Weihnachtsüberraschungen ja auch sein. Denn es ist wohl kaum zu befürchten, dass man sich nach Redaktionsschluss dieser Sprachrohrausgabe über Reformen und Reförmchen endgültig geeinigt hat.

Wer die Adrenalinstöße nicht mehr aushält, die das Rauf und Runter um die Agenda 2010, um Hartz -, Herzog- oder Rürup-Konzepte, um Steuer-, Bildungs-, Gesundheits- und Rentenreform auslöst, wer bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe an seinem Verstand zweifelt, wer das Hin und Her der Regierungspolitischen Verkündigungen und oppositionellen Konterschüsse zum K... (stopp, keine Vulgärsprache in der Medien-Zeitung!) findet, hat im doppelten Sinne schlechte Karten. Er – oder sie – verweigert sich dem sportlichen Zeitgeist eines wie auch immer gearteten „fit for fun“ und zahlt zudem drauf.

Falsch? Falsch! Zehn Euro Arzt-

gebühr, Lotsen-funktion der Hausärzte, raffiniert ausgeklügelte Zahlungen, neue Kopfpauschalen und Selbstbeteiligungen etc. pp. machen Patienten „zu selbstbewussten Partnern, verbinden solidarische Absicherung der Gesundheitsversorgung mit Wettbewerb“, wie es Gesundheitsministerin Ulla Schmidt geschmeidig formulierte. Außerdem: Den Gürtel enger zu schnallen, macht schlank. Na, also. Damit wäre schon ein guter Vorsatz fürs nächste Jahr erreicht. Im Durchschnitt leidet die gute Hälfte der Bundesbürger sowieso an Übergewicht. Abspecken tut not. Aber warum nur müssen die immer mit gutem Beispiel voran gehen, deren Gürtel sowieso schon auf dem letzten Loch schließt?

Ist Arbeitslosen nahezu jede Arbeit um jeden Preis zuzumuten? Aber sicher! Kommt die Vermögenssteuer? Sicher nicht. Verlieren tausende ihre Jobs, weil Unternehmensführungen an Markt und Mensch vorbei agieren? Pech gehabt, so funktioniert Marktwirtschaft. Bekommen unfähige Manager dennoch Abfin-



dungen in Millionenhöhe? Glück gehabt, so funktioniert Marktwirtschaft.

Manchmal möchte man sich ganz englisch ins Cocooning ein-spinnen oder mit den bekannten drei Affen nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Weil Reformen dann aber wirklich zu einer unschönen Hinterlassenschaft geraten, haben sich die Gewerkschaften eingemischt. Entgegen den Vorwürfen eines fossilen Agierens ist die Liste der 2003er lebendigen Aktivitäten um Mitsprache, Mitwirkung, Mitbestimmung und rechtliche Sicherheit, für den Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, gegen überbordenden Stellen- und Sozialabbau lang. Das wird auch im nächsten Jahr so bleiben. Soviel Voraussage ist jedenfalls sicher.

Was wird 2004 besser? Das Wetter? Kaum denkbar, denn der zurückliegende Sommer wird sonnenscheinmässig nicht zu toppen sein. Der deutsche Wein? Auch nicht, denn dem Jahrgang 2003 ist bereits das Prädikat außergewöhnlich zuerkannt. Der Arbeitsmarkt?

Wie denn, wenn brandenburgische Großprojekte wie Cargo-Lifter aufgegeben werden und die Chipfabrik offenbar letzten Endes an einer Bundesbürgschaft in – gemessen am Milliarden-Projekt – vergleichsweise „Peanut-Größe“ scheiterte, wenn die Nürnberger Arbeitsverwaltung weit über eine satte Million fürs eigene Image verpulverte, anstatt sie für Jobakquise einzusetzen. Aber aufs Kinderkriegen wächst die Lust der Deutschen wieder! Lust schon, doch Kinder bleiben ein auf die eigene Kappe zu nehmendes Risiko bei halbherziger Familienförderung und zu wenig gesellschaftlicher Anerkennung der mütterlichen, geschweige denn väterlichen Erziehungsarbeit. Der Geburtenknick, der das Generationensystem der Rentenversorgung bereits ausgehebelt hat, ist eh nicht mehr aufzuholen.

Doch, eine schöne Meldung haben wir: Wahrscheinlich soll man in Berlins Einkaufsstraßen demnächst 15 Minuten kostenfrei parken dürfen. Sozialhilfeempfänger, denen das Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr gestrichen werden soll, wird das freuen. Und noch eine: Es gibt genügend (Schokoladen) Weihnachtsmänner! Und eine letzte: Der Kalender bietet diesmal viel Zeit für Muße, Lust und Liebe zwischen den Jahren. Na, diese Chance wäre doch erst mal zu nutzen. Dann sehen wir weiter. **B.E.**

Tarifrecht im Ausverkauf

Mehr als Schadensbegrenzung ist bisher kaum gelungen

Eigentlich sei „Tarifflucht“ der verkehrte Begriff für das, was Unternehmen inzwischen zuhauf tun, meinte einer der Diskussionsteilnehmer: „Wer durch Austritt aus dem Arbeitgeberverband geltende Tarifverträge umgehen will, ist kein Flüchtling“, rief der Kollege unter allgemeiner Zustimmung der Anwesenden bei der Veranstaltung „Tarifflucht ist kein Kavaliersdelikt!“, zu der die Fachgruppe Verlage und Agenturen von ver.di Berlin-Brandenburg Anfang November eingeladen hatte. Auch Martin Dieckmann, ver.di-Bundesfachgruppensekretär für den Bereich, gestand ein, dass dies eine andere Bezeichnung verdiene. Doch blieb es bei der eher schwach besuchten Abendveranstaltung beim vertrauten Terminus technicus. Dieckmann steckte in seinem einleitenden Referat in seinem einleitenden Referat einen Definitionsrahmen unterschiedlicher Spielarten der „Tarifflucht“ ab und beschrieb anhand etlicher Beispiele die Reaktionen durch ver.di und Betriebsräte.

Vor allem warnte er aber vor den derzeit offenbar unaufhaltsamen Eingriffen seitens der Politik in Tarifautonomie und Koalitionsfreiheit. Ob Agenda 2010 der Bundesregierung, Konzepte von CDU oder SPD – die Bindungswirkung von Flächen- und Manteltarifver-



Plakataktion von Berliner Betriebsräten für Tarifautonomie

trägen solle massiv ausgehöhlt und so ein wesentliches Prinzip der bundesdeutschen Rechtsordnung in Frage gestellt werden.

Im Moment habe dagegen, so Dieckmann, das Tarifrecht noch eine große Bedeutung – auch für Unternehmen, die keinem Arbeitgeberverband mehr angehören oder wenn, dann als OT (Ohne Tarifbindung)-Mitglieder. So werde der Mindestlohn aus der Gesamtheit geltender Tarife gebildet, außerdem orientiere sich der Staat bei Festlegung der Sozialhilfe-Höhe am Durchschnitt der Tariflöhne. Trotz aller „Tarifflucht“

prägten Flächen- und Manteltarifverträge in hohem Maß die Standards in der Mehrzahl der Betriebe. ver.di bzw. die frühere IG Me-

Politik greift
massiv an

dien reagierten auf die seit Anfang der neunziger Jahre forcierte „Tarifflucht“-Bewegung in der Druckindustrie mit dem „Häuserkampf“. Der plakative Begriff bezeichnet den massiven Einsatz für Haustarifverträge dort, wo die Ar-

beitgeberseite die Verbände verlassen haben. Bisher, so Dieckmann, sei dieses Konzept sehr erfolgreich, so dass es der Druckindustrie keine allzu starken Tarifunterschiede zwischen den Unternehmen gebe.

Doch die nächste Runde des Kampfes ist längst eingeläutet: Abgesehen von den Vorstößen aus – fast – allen politischen Lagern, die Tarifautonomie und -bindung zu unterminieren, wollen die Arbeitgeber mehr als das bisher Erreichte. So hat der Zeitungsverlegerverband inzwischen den Manteltarifvertrag für Redakteure gekündigt mit der Zielvorgabe, die 40-Stunden-Woche zu etablieren und Entgeltbestandteile zu kürzen.

Öffnungsklauseln in Tarifverträgen gehören längst zum Standardrepertoire tarifpolitischer Auseinandersetzungen – wobei Dieckmann den Unterschied zwischen – akzeptablen – befristeten Öffnungsklauseln deutlich machte, die dem Zweck dienten, einen Betrieb zu sichern, und einer – abzulehnenden – generellen Öffnung von tariflichen Regelungen.

Sehr viel mehr als Schadensbegrenzung hätten IG Medien bzw. ver.di in den zurückliegenden dreizehn Jahren angesichts der vielen Firmenpleiten und des massiven Arbeitsplatzabbaus in der Region nicht leisten können, stellte Andreas Kühn, ver.di-Sekretär für Verlage in Berlin-Brandenburg, fest. Doch für die nahe Zukunft müssten ver.di, Betriebsräte und Beschäftigte sich verstärkt auf neue Strategien besinnen. **Gudrun Giese**

Der schwedische Büroartikelhersteller Esselte Leitz will seinen Berliner Standort in Lichtenrade zum 30. Juni kommenden Jahres schließen, 170 Beschäftigte werden dadurch voraussichtlich ihren Arbeitsplatz verlieren. Weshalb der Konzern einen Gewinn bringenden Betrieb einstellt, bleibt im Dunkeln. In der offiziellen Verlautbarung heißt es nur, dies sei „Bestandteil der Wachstums- und Profitabilitätsstrategie“. „Eine vernünftige Begründung haben wir noch nicht gehört“, sagt Andreas Kühn, zuständiger Gewerkschaftssekretär beim ver.di-Landesverband Berlin-Brandenburg. Die Schweden hatten 1998 das Traditionsunternehmen Leitz übernommen. Esselte Leitz gehört zum amerikanischen Investmentunternehmen J.W. Childs und erwirtschaftet

Esselte legt Leitz zu den Akten

Gewinn bringender Betrieb in Lichtenrade wird geschlossen

nach eigenen Angaben weltweit einen Jahresumsatz von rund 1,2 Milliarden US Dollar. In dem Lichtenrader Betrieb werden Kunststoffteile für Büroartikel herge-

Praktisch alles
noch unklar

stellt. Die Produktion soll künftig von anderen Standorten im europäischen Ausland übernommen, teilweise aber auch an spezialisierte Hersteller vergeben werden. Die Geschäftsleitung hat zu-

gesagt, den Beschäftigten bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen behilflich zu sein. Wie dies praktisch aussehen soll, ist aber noch unklar. „Die konkrete Unterstützung der Mitarbeiter wird zur Zeit mit dem Sozialplan diskutiert“, teilte die von Esselte beauftragte PR-Agentur auf Anfrage mit. Allerdings befinden sich Geschäftsleitung und Betriebsrat erst in Vorgesprächen zu Sozialplanverhandlungen. Die Arbeitnehmervertreter haben den Arbeitgeber zunächst aufgefordert, die wirtschaftlichen Daten des Betriebs vorzulegen.

Nachdem die Pläne der Konzernzentrale bekannt wurden, wandten sich der Betriebsrat und ver.di in einem Offenen Brief an die Geschäftsleitung, den Regierenden Bürgermeister und den Bezirksbürgermeister. Es sei „vollkommen unverständlich, weshalb ein wirtschaftlich gesunder Betrieb, der seinerzeit mit erheblichen Berliner Steuervergünstigungen aufgebaut wurde, auf unsere Kosten und zu Lasten unserer Arbeitsplätze der Globalisierungsstrategie des Managements geopfert werden soll“, wird gefragt. Die Antworten stehen noch aus. **sil**

Fotos: N. Ritter



Ausgelost: Ruth Fruchtmann



Interessiert: Dreiunddreißig mal zehn Minuten



Kurzes VS-Spektrum

Literatur jenseits des Mainstream

Berliner Zehn-Minuten-Geschichten bieten schriftstellerische Leistungsschau

Der Berliner Verband deutscher Schriftsteller (VS) rief seine Mitglieder auf, kurze Geschichten mit Berlinbezug einzureichen. Immerhin 60 Autorinnen und Autoren des zweitstärksten VS-Landesverbandes folgten diesem Aufruf. Zehn-Minuten-Geschichten sollten es werden. Auf die Idee kam man bei dem vom VS veranstalteten jährlichen Lesemarathon, den „Berliner Schubladen“. Jeder Teilnehmer hat dort üblicherweise eine Lesezeit von zehn Minuten. Es war naheliegend, dort Vorgetragenes und Neues ähnlicher Kürze in einer Anthologie zu vereinen. Mit Unterstützung von ver.di ist die Sammlung jetzt im Jaron Verlag erschienen. Am 20. Oktober wurde sie an den Berliner Buchhandel ausgeliefert.

Am gleichen Tag präsentierten Schriftstellerinnen und Schriftsteller im Literaturhaus Berlin in der Fasanenstraße einzelne Geschichten. Von den 60 eingereichten Beiträgen haben Horst Bosetzky, der Vorsitzende des VS Berlin, und der Jaron Verlag 33 ausgewählt und veröffentlicht. Aus Zeitgründen konnten nicht alle Autorinnen und Autoren lesen. Deshalb sollte das Los entscheiden. Doch man spannte Schriftstellerinnen, Schriftsteller und Zuhörer noch etwas auf die Folter. Der Trompeter Paul Brody leitete den Abend ein.

Mit musikalischen Fingerübungen und bewußt schrägen Tönen lockerte er das Publikum auf. Es hörte sich an, als ob er mit seinem

Instrument das Schreiben auf der Schreibmaschine imitieren wollte. Hin und wieder hielt er inne, kratzte sich am Kopf, überlegte kurz, dann ging der „Schreibfluss“ enthusiastisch weiter bis zur Erschöpfung. Schließlich ver-

Den Schreibfluss in die Welt trompeten

schwand er auf dem Balkon und trompetete draußen weiter, als ob er sein Werk jetzt der Öffentlichkeit präsentieren wollte.

„Verleger sind sadistisch“ meinte Norbert Jaron. Die Jüngste im Saal hatte zwar sechs Lose gezogen, doch die Namen wurden erst häppchenweise verkündet. Angelika Kopecny war sichtlich erschrocken, als sie von ver.di-Sekretärin Anke Jonas als erste zum Lesen gebeten wurde. Sie trug einen Auszug aus ihrem Roman „Swing“ vor, der 2004 veröffentlicht werden soll und von dem eine Kostprobe als Zehn-Minuten-Geschichte vorabgedruckt ist. Ruth Fruchtmann, geboren in London, lebt seit 1986 in Berlin. Ihr Beitrag „Eine Großstadtgeschichte“ könnte jedoch auch in jeder anderen Großstadt angesiedelt sein. Olaf Kappelts Geschichte „Der Zopf des Königs“ hatte einen offensichtlicheren Berlin-Bezug. Nicht nur die russische Botschaftssekretärin, von der die Rede ist, macht eine spannende Zeitreise durch drei Jahrhunderte Geschichte, in

der Personen und Plätze in Berlin lebendig werden, sondern auch der Leser.

Gunnar Kunz begab sich als „Der Stadtleser“ auf die Suche nach der uralten Kraft, die unermüdet Hoffnung in die gebeutelte Stadt Berlin pumpt und das Leben hier so lebenswert macht. Uwe Zabel, der hauptsächlich kurze satirische Texte schreibt, brachte alle mit „Die Veränderung“ zum Schmunzeln. Nachdenklichere Töne schlug die Autorin und Malerin Salean A. Maiwald an, „Nicht vorbei“ ist für sie die Lebensgeschichte der Malerin Jeanne Mammen und die der Dichterin Else Lasker-Schüler, die 1933 Hals über Kopf Berlin verließ. Nicht vorbei kann sie sein, solange sie Neonazis am Kurfürstendamm aufmarschieren sieht.

Neben den zur Lesung gebeten haben weitere bekannte und jüngere Berliner Autorinnen und Autoren zur gebundenen Leistungsschau des VS beigetragen – etwa Elfriede Brüning, Jan Eik,

Autoren, die was zu sagen haben

Felix Huby, Christiane Reichart, Charlotte Worgitzky u.v.a. Mit den Berliner-Zehn-Minuten-Geschichten ist ein unterhaltsames Lesevergnügen entstanden.

Literatur jenseits von Bestsellerlisten und TV-Talkshows wollte Herausgeber Horst Bosetzky vor-

stellen. Von Autoren, die nicht Effenberg oder Bohlen heißen, aber etwas zu sagen haben, das wert ist, gelesen zu werden. Vor allem natürlich in Berlin. Die Anthologie ist ein ideales Geschenk, nicht nur zu Weihnachten.

Heidi Schirmacher

Horst Bosetzky (Hrsg.): Berliner Zehn-Minuten-Geschichten, Jaron 2003, ISBN 3-89773-071-5, 14,90 Euro.

MEDIENHANDBUCH

Neues Verzeichnis für die Region

Die neue Ausgabe des „Handbuch Medien & Öffentlichkeitsarbeit“ für Berlin und Brandenburg ist ab sofort im Buchhandel erhältlich. Es wurde gegenüber der ersten Auflage von 1999 überarbeitet und erweitert.

Das Handbuch bietet jetzt über 5000 Adressen und ein umfangreiches Verzeichnis aller Ansprechpartner für Medien und Öffentlichkeitsarbeit – neben Regierungsstellen, Verbänden und Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur der Region auch Kontakte zu Botschaften und Konsulaten.

Das Verzeichnis wurde wiederum von der TopMedia Berlin Verlags- und Mediengesellschaft gemeinsam mit der Hauptstadt-Marketinggesellschaft „Partner für Berlin“ erarbeitet und kostet 39,90 Euro (ISBN 3-93748000-5).

Hat Potsdam Chancen als Kulturhauptstadt 2010?

Karin Schröter, PDS, über Ambitionen und Sparkonflikte

Sie haben die kulturelle Entwicklung Potsdams als langjährige Stadtverordnete und Kulturausschussvorsitzende sowie kulturpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion verfolgt und mitgestaltet. Wie schätzen Sie den Status quo in der Landeshauptstadt ein?

Karin Schröter: Potsdam versteht sich als Kulturstadt. Und tatsächlich hat sich vieles neu entwickelt, speziell in der freien Szene. Auf dem Areal der Schiffbauergasse sind erfreulicherweise „Institutionen“ wie Waschhaus, Tanzfabrik oder Degata entstanden. Es ist allerdings mit der Brandenburgischen Philharmonie Potsdam auch eine wichtige Kulturinstitution mit großer Zuschauerresonanz verloren gegangen. Mit vorgeschobenen Einsparzwängen wurden hier auch Wahlversprechen gebrochen. Über 20 000 Protestunterschriften sowie Demonstrationen zeigten damals dem SPD-Oberbürgermeister Platzeck, dass die Bevölkerung Kulturrabbau nicht mit trägt. Als Kompromiss wurde dann das Neue Kammerorchester geschaffen, das anteilig von Stadt und Land finanziert werden sollte. Das Land hat seine Zusage allerdings nicht gehalten. Im Zuge weiterer Abwicklungen im Bühnenbereich wurde im Land Brandenburg bekanntlich ein Theater- und Orchestervertrag geschlossen. Dieser Verbund – auch ein einziger

Kompromiss – ist der allgemeinen Notlage geschuldet. Wir leben jetzt schon einige Zeit mit ihm. Die kommunale Selbständigkeit einerseits und Vertragsbindungen andererseits bieten dabei einen Dauerkonflikt.

Die katastrophale kommunale Finanzausstattung ist auch hier die Crux?

Karin Schröter: Ja, sie ist mittlerweile generell so prekär, dass Kulturfinanzierung immer schwieriger wird. Potsdam hat inzwischen ein strukturelles Defizit von über 40 Millionen Euro. Wenn man das ausgleichen wollte, könnte man außer den gesetzlichen Pflichtaufgaben wie Sozialausgaben auf einen Schlag eigentlich gar nichts mehr finanzieren. Das kann jedoch nicht die Lösung des Problems sein.

Um so wichtiger wäre es, die Forderung des bundesweiten Bündnisses für die Bühnen aufzugreifen und die Finanzierung von Kunst und Kultur als Pflichtaufgabe des Staates festzuschreiben?

Karin Schröter: Das Postulat ist begrüßenswert. Um es praktizierbar zu machen, ist eine andere Gesetzgebung nötig. Wenn die Kommunen weiter so schlecht ausgestattet sind, wird Kultur immer als Sparpotenzial betrachtet werden. Helfen könnte nur eine Kommunalfinanzreform, die die

PDS seit Jahren fordert. Der Leidensdruck ist inzwischen beträchtlich. Auch das Gemeindefinanzierungsgesetz in Brandenburg, das zwar eine Theaterpauschale beinhaltet, ist tatsächlich immer weniger mit Geld ausgestattet. Dass bei den Kommunen immer weniger Geld ankommt, liegt an der geltenden Steuergesetzgebung. Das kann und muss wirklich repariert werden, und die Kultur könnte davon stark profitieren.

Potsdam möchte Kulturhauptstadt 2010 werden...

Karin Schröter: Die Stadt glaubt fest an ihre Chancen, sich gegen die 16 Mitbewerber behaupten zu können. Allerdings ist ein Antrag der PDS-Fraktion im Landtag, mit dem die Unterstützung des Landes für die Potsdamer Kandidatur erklärt werden sollte, mehrheitlich abgelehnt worden. Inhaltliche Anliegen leiden offenbar immer noch darunter, dass die „falsche“ Fraktion sie eingebracht hat. In der Sache bin ich recht optimistisch. Eine solche Kür hätte positive Auswirkungen auf die lebendige, dargebotene Kultur und – im Sinne der Nachhaltigkeit – vor allem auf die junge Generation und Potsdams Brückenfunktion in Europa. Da hätte die Stadt kulturell sicher einiges zu bieten. Wiederum vorausgesetzt, alles wäre finanzierbar.

Ein kultureller „Leuchtturm“ Potsdams, das Hans-Otto-Theater, ist in den vergangenen Wochen mit der Grundsteinlegung für den Theaterneubau positiv, mit personellem Kahlschlag durch den designierten Intendanten negativ in die Schlagzeilen geraten. Was wiegt mehr?

Karin Schröter: Positiv ist, dass sich das Theater in den vergangenen Jahren sehr stabilisiert und als führender Kulturträger etabliert hat – trotz schwieriger Umstände wie dem Gebäudeprovisorium „Blehbüchse“. Eine weitere Spielstätte in der Reithalle – vor allem für Kinder- und Jugend-

Foto: privat



Karin Schröter, PDS

theater genutzt – wird sehr gut angenommen. Nun kommt der Theaterneubau, darüber sind wir sehr froh. Das Haus soll 2005 in Betrieb genommen werden. Die Grundsteinlegung haben wir allerdings mit einem lachenden und einem weinenden Auge gesehen, weil zeitgleich dem Gros des künstlerischen Ensembles Nichtverlängerungen ihrer Verträge ausgesprochen worden sind. Psychologisch-menschlich hat das sehr demotiviert, zumal dem Betriebsrat vorher versichert worden war, dass keine gravierenden Veränderungen geplant seien.

Der neue Intendant hat mit den Nichtverlängerungen lediglich ein Recht aus dem verkrusteten Tarifsystem in Anspruch genommen...

Karin Schröter: Das Kuratorium mit dem Oberbürgermeister hat den neuen Intendanten bestimmt, der nutzt nun seine Möglichkeiten aus und entscheidet autonom. Das ist zu akzeptieren. Wir haben Herrn Laufenberg bei seinem Antrittsbesuch in unserer Fraktion auf die Personalmaßnahmen angesprochen. Er hat versichert, mit jedem Betroffenen gesprochen zu haben. Er will ein künstlerisches Konzept durchsetzen, wozu Ensembleveränderungen nötig seien. Wir hätten uns das anders und sanfter gewünscht, aber man muss den Realitäten ins Auge sehen. Es gibt nun zwei Möglichkeiten: Entweder er hat mit seiner Methode Erfolg auf der ganzen Linie, einschließlich entsprechendem Publikumszuspruch. Oder eben nicht. Ich kann nur sagen, dass ich auf jeden Fall dem Hans-Otto-Theater Erfolg wünsche...

Es fragte: Helma Nehrlich

HANS OTTO GEEHRT

Angehörige des Schauspielers sowie Mitspieler von ver.di ehrten Hans Otto, der am 24. November vor 70 Jahren von den Nazis bestialisch ermordet wurde, an seinem Grab in Stahnsdorf.



Foto: Horst Singer

Fit für den Weiterverkauf?

Bundesdruckerei: Kostenbremse durch Stellenabbau

Die Talfahrt der Bundesdruckerei ist offensichtlich noch nicht gestoppt. Noch vor zehn Jahren hatte der Betrieb rund 4000 Beschäftigte, jetzt sind es nur noch 1420. Und das vor drei Jahren privatisierte Unternehmen, das mit dem geplanten Umbau zum Technologiekonzern schwer beschäftigt ist, will weitere Stellen abbauen. „Bis 2005 sollen es noch 1266 Beschäftigte sein“, sagt Manfred Föllmer, zuständiger Gewerkschaftssekretär beim ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Ein Jahr hatten ver.di und der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung über die Rahmenbedingungen verhandelt, am 1. Dezember startete die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQG). „Etwa 50 Beschäftigte wurden angeschrieben“, erklärt Manfred Föllmer. Er schätzt, dass bis März über 100 Betroffene mit der BQG einen neuen Arbeitsvertrag abgeschlossen ha-



Immer wieder Proteste

ben werden. In der BQG sollen sie weiterqualifiziert werden, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die Bedingungen seien sehr attraktiv, betont Föllmer. Die BQG läuft über zwei Jahre, künftig wird das Arbeitsamt nur noch ein Jahr fördern. Die Beschäftigten erhalten in den ersten 15 Monaten 100 Prozent ihres Nettogehalts, unabhängig, wann sie in die BQG gehen. Für die restlichen Monate werden

noch 80 Prozent gezahlt. Zusätzlich erhalten alle eine Abfindung aus dem Sozialplan. „Sie wird sofort bei Ausscheiden aus der Bundesdruckerei gezahlt“, sagt Manfred Föllmer. Bei einer Betriebszugehörigkeit von mehr als 15 Jahren erhalten sie das 12fache ihres bisherigen Monatsgehalts. Zusätzlich wird für jedes vollendete Jahr 900 Euro gezahlt, diese Summe erhöht sich bei denen, die Kinder haben, auf bis zu 1400 Euro. In der Berliner Morgenpost war Ende November zu lesen, dass die Bundesdruckerei von ihrem jetzigen Eigentümer fit für einen Weiterverkauf gemacht werden soll. Neben Banknoten stellt das Unternehmen vor allem Postwertzeichen und Pässe her. Und hier zeichnet sich offenbar ein weiterer Auftragsrückgang ab. So bleibt als Schönheitskur für einen potenziellen Interessenten scheinbar nur die Kostenbremse übrig. **Silke Leuckfeld**

SCHAUBÜHNE

Unter Sparzwang

Für die Berliner Schaubühne, chronisch unterfinanziertes Zwei-Sparten-Haus am Lehniner Platz, ist auch künftig keine finanzielle Besserstellung in Sicht. Um fehlende 1,36 Mio. Euro für die nächste Spielzeit zu erwirtschaften, will das Haus dramatisch sparen. Geschäftsführer Schitthelm hat ein Paket geschnürt, das neben der Einsparung von 480 000 Euro an Sachkosten noch wesentlich höhere Einschnitte im Bereich der Personalkosten vorsieht. Alle Beschäftigten des Hauses sollen durch Gehaltsverzicht gestaffelt dazu beitragen. Da für die gewerblichen Arbeitnehmer ein mit ver.di ausgehandelter Haustarifvertrag gilt, muss sich die Geschäftsführung über die Einbußen hier mit der Gewerkschaft einigen. Die Mitgliederversammlung hat ver.di Berlin-Brandenburg für solche Verhandlungen ein vorläufiges Mandat erteilt. **red.**

Auf gleicher Augenhöhe

Soziales Forum Berlin mit zwei Standbeinen

Mitte November fand in Paris das Zweite Europäische Sozialforum unter dem Motto „Für ein soziales Europa ohne Krieg“ statt. Unter den über 60 000 Teilnehmern befanden sich auch 500 Aktivisten aus Berlin. Einige von ihnen haben getreu dem Motto „Global denken – lokal handeln“ auch in Berlin ein Sozialforum auf die Beine gestellt.

Das Sozialforum Berlin (SFB) ist ein Netzwerk zahlreicher in Berlin seit Jahren politisch aktiver Gruppen. Der noch verstreute Widerstand gegen sozialen Kahlschlag soll gebündelt werden. „Das Vertrauen in die Politik aller Parteien und Großorganisationen ist minimal“, machte Peter Grottian vom Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität (FU) den einheitlichen Standpunkt klar. Er warnte davor, dieses Misstrauen gegen die Parteien mit allgemeiner Entpolitisierung zu verwechseln. Umfrageergebnissen zufolge lehne eine große Mehrheit der Bevölkerung die rot-grünen Kür-

zungspläne ab. Das Sozialforum Berlin beteiligte sich an der bundesweiten Demonstration gegen Sozialkahltschlag am 1. November und macht auch gegen den Berliner Sparhaushalt mobil. In der Glogauer Strasse 16 in Kreuzberg haben die Aktivisten kurzzeitig eine leerstehende Kindertagesstätte besetzt. Das SFB will das Gebäude mietfrei und gegen Zahlung der Betriebskosten als Soziales Zentrum nutzen. Es soll ein Treffpunkt für die unterschiedlichsten sozialen Initiativen Berlins werden.

FB-Sprecher Michael Prütz sieht große Chancen für ein Bündnis von Gewerkschaften und jungen Aktivisten der sozialen Bewegung, auch wenn es sich nicht konfliktfrei gestalten dürfte. „Jahrelang haben wir getrennt gekämpft. Das ist jetzt eine völlig neue Situation für uns alle“. Eine Kooperation auf gleicher Augenhöhe müsse das Ziel sein.

Peter Nowak

www.sozialforum-berlin.de

ANZEIGE

AOK - Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de>

AOK
Die Gesundheitskasse



Unter dem kämpferischen Slogan rbbprotest haben sich fast 500 Freie aus dem gesamten Sender zusammengefunden. Alle Bereiche, in denen Freie eingesetzt werden, sind vertreten. Unterstützt von den Gewerkschaften ver.di und DJV wollen die Freien sich damit gegen die Dienstanweisung der Geschäftsleitung zur Wehr setzen und die Aushandlung eines Tarifvertrages erreichen. rbbprotest versteht sich als Basisbewegung, bei einer Vollversammlung am 27. November, zu der auch einige Feste kamen, wurde ein Verhandlungsteam legitimiert. Marika Kavouras (Kameraassistentin), Jan Lerch (Abendschau), Christoph Reinhardt (88.8, DJV) und Jürgen Schäfer (Radio Eins, ver.di) gehören ihm bisher an. Die interne Kommunikation läuft über einen laufend aktualisierten E-Mail-Verteiler. Auf dem Treffen formulierten die Freien Forderungen und planten ihr weiteres Vorgehen.

Konkreter Anlass des Bündnisses war die nicht nur bei den Freien umstrittene Dienstanweisung, wel-

che die Intendantin im Oktober in Umlauf gebracht hatte. Darin soll die bisher vor allem beim ORB angewandte Sperrzeiten- und Prognoseregulierung zementiert werden. Das bedeutet je nach Tätigkeitsbereich sieben bis zehn Tage Arbeit im Monat, maximal 90 bis 120 Tage pro Jahr. Darüber hinaus gehende Beschäftigung per Rahmenvertrag ist auf maximal sechs Jahre begrenzt, danach ist eine halbjährige Zwangspause vorgesehen.

Bei der Frage, ob Freie beispielsweise nach der Pause beschäftigt werden, soll ein Verständigungsverfahren eingesetzt werden. Daran sollten nach erster Lesart nur die jeweiligen Direktoren, der Justiziar und der Hauptabteilungsleiter Personal beteiligt sein. Laut rbbprotest würde ein solches Gremium einsam entscheiden, ohne die Betroffenen, rein nach Kostenaspekten.

„Mit der Dienstanweisung soll unter den Freien Tabula Rasa gemacht werden“, kommentiert Lerch. Seitdem herrscht Angst unter den Freien, für viele nackte Existenz-

FUSION ohne

Mit der Bewegung rbbprotest wollen Fi

Die Senderfusion von ORB und SFB zum neuen RBB wird konkreter und zeigt erste, teils schmerzliche Wirkungen: Während die Zuschauer mit neuen Programmen konfrontiert werden, müssen besonders die freien Mitarbeiter einen drastischen Rückgang ihrer Arbeitsmöglichkeiten befürchten. Unmut macht sich breit und nimmt organisierte Formen an.

angst. Die früher übliche Praxis im ORB, dass die Chefredakteure den Freien vor der Zwangspause eine Weiterbeschäftigung fast sicher zusagen konnten, entfällt. Für die Freien vom Ex-SFB, von denen die Intendantin selbst gesagt haben soll, dass viele wie Festangestellte durch den Sender schlurften, gibt es ebenfalls keine Aussichten.

Dass es auch anders geht, zeigen die Sender BR, HR und Deutsche Welle, die ohne Prognose und Sperrfrist auskommen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wurden dort vertragliche Regelungen für die Freien gefunden. Hunderte haben die Forderungen unterschrieben:

- ➔ Weg mit der Dienstanweisung!
- ➔ Zusage der Geschäftsleitung, einen Tarifvertrag zu verhandeln, der auf Sperrzeit und Prognose verzichtet.

➔ Bis zum Abschluss eines Tarifvertrages keine Verschlechterung des rechtlichen Status der freien Mitarbeiter.

➔ Umgehende Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern von ver.di, DJV und rbbprotest über diese Forderungen.

Auf einer Pressekonferenz am 3. Dezember im Abgeordnetenhaus trat rbbprotest an die Öffentlichkeit. Aufgeschreckt durch den Kampfgeist vieler Freier schien die Intendantin Dagmar Reim die Proteste nun ernster zu nehmen: Der Ton wurde etwas freundlicher, eine Informationsveranstaltung für den 4. Dezember angesetzt. Die Dienstanweisung wurde in Details mehrmals korrigiert, der Kern mit Prognose und Sperrfrist blieb jedoch. Zum Verständigungsverfahren sollten nun auch die zuständigen Programmverantwortlichen hinzugezogen werden – nach Einschätzung von rbbprotest eine sachlich selbstverständliche und im Hinblick auf die Freien rein kosmetische Maßnahme.

Ihrer prinzipiellen Linie blieb die Geschäftsleitung jedoch treu. Allerdings kursierten sehr unterschiedliche Versionen bezüglich der Frage, ab wann die Dienstanweisung für wen gelte. So hieß es, dass kein Freier befürchten müsse, seine Ar-

BILDSTÖRUNG

„öffentlich-rechtlicher Boulevard“ >>



Auch Klaus Wowerit und Matthias Platzeck sind zibb. Wenn sie dies fröhlich im Fernsehen verkünden, wollen sie dem Zuschauer einen angenehmen Vorgeschmack auf die gewünschte Länderfusion von Berlin und Brandenburg geben. „Zuhause in Berlin und Brandenburg“ sollen wir schließlich alle sein. Helfen soll dabei das neue gemeinsame Voraabendprogramm von RBB Berlin und RBB Brandenburg mit seinem Flaggschiff „zibb“, das dem Zuschauer

nach den Worten von Fernsehdirektor Gabriel Heim einen „guten öffentlich-rechtlichen Boulevard“ in die Stube bringen soll.

Los geht es jedoch schon um 18 Uhr mit „rbb um 6“. Kompakt in 25 Minuten werden darin Nachrichten aus Berlin und Brandenburg präsentiert. Die Sendung tritt die Nachfolge von „Abendschau“ und „Aktuell um 6“ an

Weiter geht es dann um 18 Uhr 30 mit zibb. In „frischer Feierabendstimmung“ will Jens Riehle,

Redaktionsleiter des neuen Formats, die Zuschauer antreffen. Auf einen großen breiten Boulevard, auf dem das Flanieren Spaß machen soll, der Zuschauer gelockt werden. Eine Mischung aus aktueller und unterhaltsamer Information, Entertainment und Service soll zibb jeden Tag 60 Minuten lang bieten. Ein täglicher Promigast bereichert den Feierabend ebenso wie tägliche Liveschaltungen zu aktuellen Ereignissen in Berlin und Brandenburg. Drei Moderatoren-

Geschäftsleitung

Freie vertragliche Rechte und Transparenz erreichen



beit sei am 1. Januar 2004 beendet. Soll das Musik in den Ohren eines lang beschäftigten Freien sein, dem mitgeteilt worden war, seine Beschäftigung ende am 28. Februar 2004?

Allen ist klar, dass Veränderungen unvermeidbar sind. Hagen Brandstätter, Verwaltungsdirektor beim RBB, erwartet für 2004 ein Defizit von mindestens 25 Millionen Euro. Jeder kann sich ausrechnen, dass es weniger Arbeit gibt, wenn zwei Sender mit je einem Viertel Eigenproduktion zu einem Sender mit etwa einem Drittel Eigenproduktion fusionieren. „Wir verdrängen nicht, dass Arbeit wegfällt. Aber wir wollen, dass die Arbeit gerecht verteilt wird“, sagt Schäfer. Die Regelung per Dienstanwei-

sung sei zu unflexibel, um dem Einzelnen gerecht zu werden.

Nach der Informationsveranstaltung rief rbbprotest daher zu weiteren Aktionen in einzelnen Bereichen auf. Zum Beispiel wurde geplant, dass sich die Freien ihre sprichwörtliche Freiheit nehmen, Aufträge abzulehnen. Stattdessen könne man sich vielleicht zum Frühstück auf dem Dag-Hammarskjöld-Platz treffen. ver.di versprach, das Buffet im direkten Blickfeld der Intendantin zu sponsern.

Positiv: Viele Festangestellte erklären sich mit den Freien solidarisch. Die Redakteursversammlung verabschiedete am 3. Dezember einen Appell an die Geschäftsleitung. Danach soll die Dienstanweisung für zwei Jahre ausgesetzt und

in dieser Zeit ein neuer Tarifvertrag ausgehandelt werden. Einige Feste seien sogar bereit, auf Prozente ihres Gehaltes und einen Teil ihrer Arbeitszeit zu verzichten.

Behält die Geschäftsleitung ihren Kurs bei, ist mit einer Flut von Klagen auf Feststellung des Angestelltenverhältnisses zu rechnen. Dazu Lerch: „Es wäre ein katastrophales Signal an die Öffentlichkeit, wenn die hoch gelobte Fusion mit einer Klageflut beginnt.“ Während sich die Freien zusammengefunden haben, scheint die Intendantin ihre Mitarbeiter – Feste wie Freie – auseinanderdividieren zu wollen. So hieß es in einer der Mails nach der Versammlung: „Wir machen Fusion, schade, dass die Geschäftsleitung sich weigert, dabei zu sein.“

Ute C. Bauer

PERSONALRAT

Neuer Personalrat im RBB gewählt

Am 28. Oktober wählten 1439 von 2058 Wahlberechtigten den neuen, nunmehr für den gesamten RBB zuständigen Personalrat. 13 Mitglieder gehören dem Gremium an, davon sind gut zwei Drittel ver.di-Mitglieder.

Personalratsvorsitzende ist Hanne Daum (ver.di), zuvor in gleicher Position beim SFB, zu ihrem Stellvertreter wurde Jörg Neumann (ver.di) gewählt. Weiteres Vorstandsmitglied ist Dieter van Helt (dju). Der frühere Personalratsvorsitzende des ORB, Michael Sibrover (ver.di), gehört der Belegschaftsvertretung ebenfalls an.

Das Gremium ist für vier Jahre gewählt und über die Personalratsbüros ansprechbar.

Berlin: 0 30/30 31-18 00,
Potsdam: 03 31/ 30 31-36 37



Fotos: transit

Neue Programmstruktur im rbb

pärchen, streng paritätisch zusammengesetzt nach Geschlecht und Herkunft, führen stets munter lächelnd durchs Programm. Zibb-Spots oder zibb-Tipps geben eine lose Struktur, kleine Serien zum Thema Tier (Achtung Quote!) oder zum Heimwerken sollen das Publikum binden.

Wem all dies zu viel an gewünschter oder tatsächlicher Gemeinsamkeit ist, der kann sich um 19.30 wieder gemütlich in seine hauptstädtische oder märkische

Ecke zurückziehen: Die bewährten Formate „Abendschau“ und „Brandenburg aktuell“ bleiben den Zuschauern erhalten.

Statt der Kultursendungen „Ticket“ und „Querstraße“ gibt es seit dem 13. November jeden Donnerstag einen „Stilbruch“. Immer um 22.15 Uhr wird die Sendung Einblicke in die Berlin-brandenburgische Kulturlandschaft geben. Ob die Zuschauer den Wechsel ins Spätabendprogramm mitmachen, bleibt abzuwarten.

Eine Quote im zweistelligen Bereich wünscht sich Heim. Ob die neuen Formate diese hochgesteckten Erwartungen erfüllen, soll nach einer Anlaufzeit von sechs Monaten im April 2004 geprüft werden. Dann wird Bilanz gezogen und ein Kasenssturz gemacht.

Neues gibt es übrigens auch im Hörfunkbereich: Am 1. Dezember startete das **Kulturradio**. Es ersetzt auf der Frequenz 92,4 die bisherigen Sender Radio 3 (Brandenburg) und Radio Kultur (Berlin).



Fotos: transit/Polentz

Die sehr eigene Führungsstrategie

Beim Stadtmagazin zitty weht seit dem Verkauf vor fünf Jahren ein rauer Wind



Tariflöhne waren kein Thema, verbindliche Arbeitszeiten dafür aber auch nicht: Bei zitty, der 1977 gegründeten Stadtilustrierten, hielt sich das Klima der Alternativ-Ära bis weit in die Neunziger. Fünf Gesellschafter, rund fünfzig Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie ein zweiwöchentlich erscheinendes Magazin mit stabiler Auflage, das verlässlich Gewinne abwirft – das waren die Eckpfeiler dieses besonderen Stücks Berliner Mediengeschichte.

Doch längst ist auch bei zitty die raue Wirklichkeit eingezogen – Ende 1998 verkauften die Gesellschafter für 15 Millionen Mark, wie Gerüchte besagen, ihre Anteile an den Holtzbrinck-Konzern. Mit dem Großverlag kamen neue Strukturen, vor allem aber wurde ein neuer Geschäftsführer an die Spitze der Zeitschrift gesetzt. Der war zuvor bei den Potsdamer Neusten Nachrichten, wo er sich den Ruf eines harten Sanierers erarbeitet hatte.

Sein Pech nur, dass es bei zitty gar nichts zu sanieren gab. Gleichwohl führte er eine andere Gangart in dem Kreuzberger Betrieb ein. Der Betriebsrat – lange Jahre bei zitty kein ernsthaftes Thema und erst im Zusammenhang mit dem Verkauf an Holtz-

brinck gegründet – hatte dank der Praktiken des neuen Chefs gut zu tun. Der Geschäftsführer entpuppte sich nämlich als veritables Personalführungs-Talent.

„Er pickt sich Einzelne heraus, von denen er annimmt, dass sie sich nicht wehren“, berichtet eine Kollegin, die keinesfalls namentlich zitiert werden möchte. So hat es an manchen Tagen in dem schmucken Verlagsgebäude schon Beschimpfungen, angedrohte Kündigungen und Hausverbote förmlich gehagelt. „Meistens entschul-

Keine netten
Urlaubstage

digt er sich ein, zwei Tage später für sein Ausrasten“, sagt die Mitarbeiterin. Doch etliche Beschäftigte konnten dem Druck dauerhaft nicht standhalten. Sieben Fälle zählen Beschäftigte auf, wenn sie nach ehemaligen KollegInnen befragt werden, die wegen solcher Ausfälligkeiten ihren Hut nahmen – darunter allein drei Chefsekretärinnen.

In Personalführung verdiene er eine „Sechs“, habe der Geschäftsführer in einem einsichtigen Moment festgestellt, erzählt ein weiterer zitty-Mitarbeiter. Doch Konsequenzen? Fehlanzeige. Das Betriebsklima ist nachhaltig gestört – zumal die Betroffenen unterschiedliche „Strategien“ im Umgang mit ihrem Chef entwickelt

haben. „Die meisten gehen ihm, so gut es möglich ist, aus dem Weg. Eine Minderheit versteht sich mit ihm, und ein Teil wird zu Mobbing-Opfern“, sagt eine Kollegin.

Wobei es nach Einschätzung des Geschäftsführers keinerlei Problem mit dem Phänomen gibt, das gemeinhin als Mobbing bezeichnet wird. Wie wäre es sonst zu erklären, dass er einem Betriebsratsmitglied die Teilnahme an einem entsprechenden Seminar verwehren wollte? Vor über dreißig Beschäftigten unterstellte der Chef dem Betriebsrat, er wolle sich auf Firmenkosten ein paar nette Urlaubstage an der Ostsee genehmigen – das Seminar fand an der Küste statt. Wortwahl und Lautstärke sollen nach Angaben von Anwesenden nicht sozialverträglich gewesen sein. Doch die Einschüchterung wirkte. Obwohl der Betriebsrat seinen Beschluss, ein Mitglied zum Mobbing-Seminar zu entsenden, hätte aufrechterhalten können, zog er ihn nach diesem Zwischenfall zurück.

zitty wurde zwischenzeitlich – mit dem Tagesspiegel – an den Ex-Holtzbrinck-Manager Pierre Gerkens verkauft, damit Holtzbrinck wie geplant die Berliner Gruner & Jahr-Tochter Berliner Verlag erwerben konnte. Der ver.di-Fachgruppensekretär Andreas Köhn sieht zwischen dem Umgang mit dem Personal und dem zitty-Verkauf einen engen Zusammenhang: „Da will sich jemand bei



den Bossen Liebling machen und für höhere Aufgaben empfehlen.“ Den Kolleg/innen wäre es vermutlich nicht unrecht, wenn „ihr“ Geschäftsführer bald einen Sprung auf der Karriereleiter machen würde – bloß weg von zitty.

Gudrun Giese

SOZIALPOLITIK IM UMBRUCH

dju Berlin-Brandenburg plant Fotoausstellung

Die Berlin-Brandenburger Fachgruppe der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di plant vom 6. April bis 14. Mai 2004 eine Fotoausstellung zum Thema „Sozialpolitik im Umbruch/Soziale Bewegung 2003“. Dazu kann jeder interessierte Pressefotograf/-fotografin aus Berlin und Brandenburg, der dju-Mitglied ist, maximal fünf Bilder im Mindestformat 20 x 30 cm einreichen. Die drei besten Fotos werden honoriert: 1. Preis 500, 2. Preis 300, 3. Preis 150 Euro. Alle eingesandten Bilder werden in der Ausstellung gezeigt. Das Publikum wird über die besten Fotos abstimmen. Diese Auswahlform bedingt, dass die Preisträger erst am Schluss der Ausstellung feststehen und am 14. Mai 2004 ausgezeichnet werden. Einsendeschluss für die Pressefotos ist der 28. Februar 2004. Adresse: ver.di, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, FB 8, Andreas Köhn, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Sozialplan fällig?

Zum Jahresende weitere Kündigungen bei n-tv

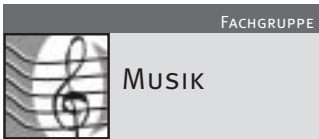
Bei n-tv sind im Zusammenhang mit dem geplanten Outsourcing des Bereichs Neue Medien, der sich mit dem Online- und Teletext-Geschäft beschäftigt, Anfang November weitere Kündigungen ausgesprochen worden. Betroffen sind 20 festangestellte und freie Mitarbeiter. Der Betriebsrat des wirtschaftlich angeschlagenen Berliner Nachrichtensenders hat einem Teil der Kündigungen widersprochen. Da die Frist zur Einreichung von Kündi-

gungsschutzklagen bei Redaktionsschluss noch nicht verstrichen war, ist unklar, in welchem Umfang Betroffene rechtlich gegen die Kündigung vorgehen werden.

Der Betriebsrat ist der Ansicht, dass eine Betriebsänderung wegen der Schließung eines Betriebsteils vorliegt und strebt Sozialplanverhandlungen an. Die Geschäftsführung teilt diese Position nicht, ergab ein erstes Sondierungsgespräch, bei dem Argumente ausgetauscht wurden. **red.**

Adam Riese läßt grüßen

Großzügige Rechnerei zu Ungunsten der MusiklehrerInnen



FACHGRUPPE

MUSIK

So etwas hat es noch nie gegeben. Die Tarifparteien senken die Gehälter einvernehmlich um 8 bis 12 Prozent und schließen damit auf Jahre betriebsbedingte Kündigungen aus. So geschehen in Berlin. Und noch eine Premiere: Zum ersten Mal vereinbarten die Tarifparteien eine Arbeitszeitverkürzung, und die Arbeitszeit der Musiklehrer wird mit verkürzt. Früher, bei den Schritten von der 44-Stunden-Woche auf die 38,5 Stunden blieb die Pflichtstundenzahl der Musiklehrer gleich und wurde sogar zwischendrin noch zweimal angehoben: von 28 auf 30 Stunden, durch den Ferienüberhang kamen dann noch ca. zwei Stunden dazu. In Sachen Arbeitszeitverkürzung fehlt es den Arbeitgebern an den Musikschulen also an Übung. Ob das allerdings erklärt, was in Berlin gerade passiert, ist dennoch fraglich.

Für die Lehrergehälter ist alles sonnenklar: Da werden zehn Prozent abgezogen. Für die Arbeitszeit jedoch beginnt die große Rechnerei. Denn die wöchentliche Arbeitszeit aller Angestellten wird im Tarifvertrag nicht linear um zehn Prozent verkürzt, sondern nur um acht Prozent. Was dann noch fehlt, wird an Ausgleichszeiten im Laufe des Jahres ausgeglichen. Darum liegt zwar die verkürzte Pflichtstundenzahl in der Gesamtbilanz bei 27 Stunden, also genau zehn Prozent unter den bisherigen 30



Foto: transit

Die Pankprinzenkapelle – in Pankow zu Hause

Stunden. In der Woche aber sollen die Lehrerinnen und Lehrer 28 Stunden unterrichten, was (mit einer großzügig berechneten Rundungsdifferenz) einer ca. 8-prozentigen Kürzung entsprechen soll.

Das selbe Spiel treibt der Senat dann gleich noch einmal bei der Berechnung des Ferienüberhangs. Er geht nun von einer regulären Stundenverpflichtung über 28 Stunden aus und kann die Rundungsdifferenz, statt sie auszugleichen, noch einmal draufschlagen, diesmal bei den durch Ferienüberhang zusätzlich zu erbringenden Einzelstunden. Die werden gerade noch um die Arbeitszeitverkürzungstage reduziert, und das war's dann.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen – jedenfalls aus Sicht des Senats. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Berliner Musikschulen müssen 30 Unterrichtsstunden á 45 Min., also im Umfang eine Arbeitswoche länger arbeiten, als das Land bezahlt. Die Angelegenheit liegt nun beim Hauptpersonalrat –

Ausgang offen. Insgesamt bringt der Tarifvertrag einen vernünftigen Interessenausgleich. Befristete Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist ein heikler Schritt. Aber es liegt im Interesse der Arbeitnehmer, wenn die unausweichlichen Kürzungen der Personalkosten in Berlin nicht durch betriebsbedingte Kündigungen erreicht werden.

Fragen bleiben offen: Nützt der Verzicht, wenn über die geplanten Privatisierungen der Weg der Kündigung offenbleibt, mit einer Schutzfrist von lediglich einem Jahr? Angestellte, die nach Gehaltsverzicht arbeitslos werden, bekommen zum „Dank“ auch zehn Prozent niedrigeres Arbeitslosengeld. Und gilt der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen auch, wenn ein Arbeitnehmer dem Übergang in ein privatisiertes Unternehmen nicht zustimmt und für ihn kein Arbeitsplatz beim Land Berlin bleibt?

Den Blick auf die übrigen Tarifgebiete gerichtet, ist schließlich

MS PANKOW

Kontingent gesichert

In der Musikschule Pankow soll es ab 2004 Nebenabreden zum Dienstvertrag geben. Darin wird für ein Jahr festgelegt, mit welcher Stundenzahl die/die/r Freie Mitarbeiter/in beschäftigt wird. Der vertragliche Schutz bleibt in einem Punkt lückenhaft: Die Nebenabrede gilt nur „vorbehaltlich ausreichender Schüleranmeldungen“. Das ist aber bei dem Status der Freien Mitarbeiter wohl nicht anders möglich. Im übrigen geht die Nebenabrede an Bestimmtheit deutlich über das Maß der alten Anmerkungen zum Dienstvertrag hinaus. Sie schafft für Musikschule und Lehrpersonal größtmögliche Planungssicherheit für ein Jahr. Insofern liegt sie im gemeinsamen Interesse von Schule und Lehrpersonal und ist ein wichtiger Anstoß auch für die anderen Musikschulen, die Vertragsbestimmungen durch Nebenabreden zu präzisieren. **AE**

zu fragen, ob sich ver.di dem Druck der anderen Länder, ähnliche Tarifverträge zu vereinbaren, noch wird entziehen können, selbst wenn dort keine vergleichbare Haushaltsnotlage besteht wie in Berlin?

Diskussionsstoff genug. Eigentümlich, dass die „Publik“, die Zeitschrift für alle ver.di-Mitglieder, auf die Gründe und die Problematik dieses Tarifvertrages nie eingegangen ist. Schließlich hat es (siehe oben) Vergleichbares im Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

Andreas Eschen

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. Gründung aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), Gemeinschaftsgründungen;
- bei der Fördermittelbeantragung, incl. fachlicher Stellungnahme;
- bei der Überprüfung Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. Rahmenbedingungen;
- bei der KSK-Antragstellung und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das Presseversorgungswerk



BERND HUBATSCHKE

MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 · 10439 Berlin

Tel.: 030 / 44 65 08 10

Fax: 030 / 44 65 08 11

e-mail: MKKConsult@aol.com

Internet: www.MKK-Consult.de



WEITER
INTERVENIERT

Geld allein darf nicht die Bühnenkultur regieren

Stiftungsgesetz aufgebessert

Die Arbeitnehmersvertretungen der drei Berliner Opernhäuser und ver.di haben vor der Gründung der „Stiftung Oper in Berlin“ mehrfach Forderungen zur Nachbesserung am Stiftungsgesetz erhoben. Tatsächlich ist es gelungen, einige entscheidende Verbesserungen durchzusetzen. So sind die Zuwendungen für die Häuser jetzt für fünf Jahre ohne Vorbehalt festgeschrieben. Auch ein Hinweis auf die Tarifverträge und ihre Umsetzung ist im Gesetz verankert. Für zwei Jahre ist deren Anwendung zugesichert. Das Rückkehrrecht zum Land Berlin, das ver.di und die Personalräte im Falle eines Scheiterns des Modells oder bei Insolvenz gefordert hatten, wurde allerdings nicht festgeschrieben. Auch die Entschuldung der Opern ist nicht gesichert. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften – ver.di, die Deutsche Orchestervereinigung und die Vereinigung der Opernchöre und Bühnentänzer – fordern deshalb weiterhin eine „gründliche Überarbeitung“. Besonders skandalös sei es, dass die neu eingerichtete Generaldirektion mit 288 000 Euro zusätzlich ausgestattet werden soll. **red.**

ver.di fördert „Bündnis für Theater“ mit Tarifreform-Vorschlägen

Das von Bundespräsident Johannes Rau initiierte „Bündnis für Theater“ traf sich am 14. November im Berliner Kronprinzenpalais zu einem Kongress. Die Kulturstiftung der Länder veranstaltete ihn, und fast 400 Interessierte kamen: Theaterleute, Intendanten, Kulturdezernenten, Publizisten, Gewerkschafter, Politiker, die einen, als natürliche Reaktion einer in Not geratenen Institution geschaffenen, losen bundesweiten Zusammenschluss bilden.

„Ich möchte nicht, dass jetzt auch im Theater fast nur noch über Wirtschaftspläne diskutiert wird, statt über Spielpläne. Die Finanzpolitik darf nicht auch noch die Kulturpolitik gestalten wollen. Was wir brauchen, sind Ideenreichtum, Mut, unkonventionelle Wege und auch Experimente“, sagte der Bundespräsident zur Eröffnung. Diskussionsgrundlage war nicht zuletzt der Zwischenbericht einer Arbeitsgruppe „Zukunft von Theater und Oper in Deutschland“, der Ende 2002 vorgelegt worden war. Vier wesentliche Themenbereiche wurden dort und auf der Kongressagenda hervorgehoben: Das große

Erbe Theater und der Wandel seines Publikums; die Verankerung von Kultur als Pflichtaufgabe von Städten und Gemeinden; die günstigste Rechtsform und weitere Autonomie der Bühnen; die Tarifsituation.

ver.di hat zu allen Themenbereichen Stellung bezogen. Speziell zur Frage „Braucht das Theater einen neuen tarifrechtlichen Rahmen?“ brachte Frank Werneke, stellv. ver.di-Bundesvorsitzender, ein Positionspapier in die Diskussion ein. ver.di widerspricht vehement der Auffassung des Deutschen Bühnenvereins, der die Tarifverträge des öffentlichen

ausdrücklich die Tarifregelungen für den Bühnen- und Theaterbereich ein.

Wesentliche Eckpunkte dieser Reform sind: die Schaffung eines einheitlichen, überschaubaren und nachvollziehbaren Tarifrechts für

Kultur soll
Pflichtaufgabe sein

Angestellte sowie Arbeiterinnen und Arbeiter; einheitliches Tarifrecht in Ost und West; eine zukunftsorientierte Gestaltung der Eingruppierungen; die gesonderte Regelung spartenspezifischer Besonderheiten. Die Gewerkschaft kritisiert ausdrücklich, dass der sogenannte Normalvertrag Bühnen Tarifregelungen nicht wirklich vereinheitlichte. „Alle Regelungen, die in den Vorläuferwerken materiell unterschiedlich waren (Vergütungshöhe, Arbeitszeitregelungen, spezielle Beendigungsschutzbestimmungen) sind eben nicht harmonisiert worden“, heißt es in dem Papier.

Die Position wurde im Forum zum Tarifrecht bekräftigt. ver.di halte es für dringlich, „durch modernes Tarifrecht dafür Sorge zu tragen, dass das Ensembletheater in Verbindung mit dem Repertoirebetrieb als Garant für die künstlerische Qualität und Kontinuität des deutschen Theatersystems erhalten bleibt“, erklärte Sabine Schöneburg, Fachsekretärin für Theater und Bühnen beim ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, auf dem Kongress.

Für hervorhebenswert hält sie, dass von gewerkschaftlicher Seite in bevorstehenden Verhandlungen für die Stiftung Oper in Berlin bereits nach den Reformgrundsätzen für den Öffentlichen Dienst verfahren werden soll. „Wir haben darüber hinaus auch generelle Vorstellungen über andere Tarife für Künstler – entgegen dem kritikwürdigen NV Bühne, modern und handhabbar“, betont Schöneburg. **neh**



Dienstes als Hauptursache für die Probleme der Theater ausmacht. Es wird darauf verwiesen, dass ver.di mit den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes eine umfangreiche Reform verhandelt, die bis Januar 2005 unter Dach und Fach sein soll. Diese schließt

GEDÄMPFTE ERWARTUNGEN



Foto: N. Ritter

Die Erwartungen der Stage Holding an den Kauf des traditionsreichen Hauses an der Kantstraße waren hochgeschraubt. Als Ende September der Vorhang am Theater des Westens fiel und der auf der Bühne sich für „Les Misérables“ öffnete, glaubte man an den Musical-Erfolg en suite. Die Euphorie wurde inzwischen durch die tatsächliche Auslastung relativiert. An einen kritischen Punkt gelangt sind auch die laufenden Haustarifverhandlungen, die nach Vorstellung der Beschäftigten und von ver.di bis Jahresende eigentlich unter Dach und Fach sein sollten. Sie betreffen zunächst die vom Land Berlin übernommenen Beschäftigten der Theater des Westens GmbH. Kurz vor Weihnachten gibt es für sie einen neuerlichen, womöglich entscheidenden Verhandlungstermin. Ziel der Interessenvertreter bleibt letztlich eine einheitliche Regelung sowohl für die Altbelegschaft als auch für die von der speziell gegründeten Produktionsgesellschaft neu engagierten und eingestellten Beschäftigten, vor allem Darsteller und Orchestermusiker. Für diesen Personenkreis werden tarifliche Forderungen erst ausgearbeitet und geprüft. Sicher ist bis dahin lediglich eines: Das Land Berlin hat mit dem Verkauf des Theater-Schmuckstücks ein erkleckliches Sümmchen in die chronisch leere Landeskasse bekommen.

„WIDER DAS
VERGESSEN“

Leid der Anonymität entreissen

Auch in diesem Jahr beteiligten sich Berliner und Brandenburger Autorinnen und Autoren an der bundesweiten Leseaktion des VS aus Anlass der Reichspogromnacht am 9. November. Die Auftaktveranstaltung des Berliner Verbandes fand gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, am **7. November** im Versammlungssaal der ver.di-Bundesverwaltung am Potsdamer Platz statt. Neben VS-Mitgliedern und Kolleginnen und Kollegen der Bundesverwaltung saßen Lehrerinnen und Lehrer im Publikum.

Dejan Jovanovic und Oana Kitzu stimmten die Anwesenden mit Liedern der Roma auf die Texte zum Thema ein. Dr. Dorle Gelbhaar, die Moderatorin der Veranstaltung, verlas zunächst die Grußadresse des Schirmherrn Walter Momper, der auf die besondere Rolle von Schriftstellerinnen und Schriftstellern bei dem Beschreiben von Einzelschicksalen einging, „womit das Leid von damals der Anonymität entrissen wird“. Anschaulich wurde das in den Texten von Elfriede Brünig, Prof. Horst Bosetzky, Gerda Szepansky und in der Lyrik von Dr. Rajko Djuric. Die Veranstaltung war ein gelungener Auftakt für die Schullesungen, die sich in der darauffolgenden Woche anschlossen.

Es geht um die Zukunft

Berliner VS solidarisiert sich mit streikenden Studenten



Foto: transit/Polentz

Daniela Dahn und Volker Braun an der Seite von den protestierenden Studentinnen und Studenten in der Humboldt-Universität.

Mit einer Lesung am 24. November bekundeten Berliner Schriftstellerinnen und Schriftsteller ihre Solidarität mit den streikenden Studentinnen und Studenten dieser Stadt. Im vollbe-

Rudolph und Olaf Kappelt vor Studierenden nicht nur der Humboldt-Uni, sondern auch der TU und der FU.

Der Vorsitzende des Berliner Verbandes Deutscher Schriftsteller, Prof. Horst Bosetzky, wies darauf hin, dass es falsch wäre, sich mit den Zuständen abzufinden. Er freue sich darüber, dass die Studenten von heute Kultur- und Bildungsabbau nicht hinnehmen, sondern sich in der Tradition der 68er wehren. Es gehe schließlich um ihre Zukunft und die Zukunft des ganzen Landes. Er eröffnete die Lesung mit einer

Bildungsabbau nicht
hinnehmen

setzten Kinosaal der Humboldt-Universität lasen Prof. Horst Bosetzky (-ky), Daniela Dahn, Volker Braun, Dorle Gelbhaar, Gunnar Kunz, Ruben Wickenhäuser, Iris



spannenden Geschichte über zwei Professoren. Volker Braun las eines seiner schönen Märchen und ein Gedicht, Daniela Dahn berichtete über ihre Teilnahme am Sozialkongress in Paris. Dorle Gelbhaar las einen eigens für diesen Abend geschriebenen Text über das Gespenst der alles angleichenden Globalisierung. Gunnar Kunz, Ruben Wickenhäuser, Iris Rudolph und Olaf Kappelt setzten mit ihren Lesungen sehr persönliche Akzente.

Die Studenten bedankten sich mit sehr viel Beifall. Dass es für alle ein gelungener Abend war, konnte man nicht nur an der Atmosphäre im Kinosaal selber spüren, sondern auch in den anschließenden Gesprächen zwischen Schriftstellern und Studenten.

Besonderer Dank galt Monika Ehrhardt-Lakomy, die die Idee zu

Idee gut –
Ausführung gelungen

dieser Lesung hatte, und ihrer Tochter Klara Johanna, selbst Studentin der Humboldt-Uni, die die Veranstaltung organisierte und moderierte. **A.J.**

INTERNATIONALE MASSNAHMEN 2004

Noch bis zum 8. Januar können Anträge auf Förderung für folgende Aktivitäten gestellt werden

- erstens einer literarischen Informationsreise
- zweitens von Einladungen von Schriftstellerkolleginnen und -kollegen aus dem Ausland und – drittens von Reisen für VS-Mitglieder zur Teilnahme an Kongressen u.ä. im Ausland.

Die Anträge müssen enthalten:

1. Bio- und Bibliographie der Antragstellerin/des Antragstellers

2. Genaue Beschreibung des zu fördernden Projektes
3. Angabe des Reisedatums (Zeitraum)
4. Kosten der Reise
5. genaue Adressenangabe mit Telefon, Fax und – wenn vorhanden – e-mail.

Bitte Infoblatt in der Geschäftsstelle anfordern.

VS-LESEMARATHON 2004

Der nächste Lesemarathon findet vom 29. März 2004 bis 2.

April 2004 statt. Den Berliner Schubladen sollen diesmal Manuskripte zu folgenden Themen entlockt werden:

- Berliner Schicksale
- Phantastische Wirklichkeit
- Berlin zum Lachen
- In den Staub mit allen Feinden Brandenburgs.

Am Freitag, dem 2. April 2004 findet zum Abschluss ein Kolloquium zum Thema: „Literatur jenseits von Bestsellerlisten und Fernseh-talks“ (Arbeitstitel) statt.

Bitte meldet Euch bis zum 31. Januar 2004, so ihr Interesse habt, auf einer der Veranstaltungen

zu lesen. Der Vorstand würde sich über eine rege Beteiligung sehr freuen.

„BERLINER ZEHN- MINUTEN-GESCHICHTEN“

Die Manuskripte für das Buchprojekt, die der Geschäftsstelle zugesandt wurden, können dort bis zum 10. Januar 2004 abgeholt werden. Nicht abgeholte Manuskripte gehen dann in den Reißwolf. Die per e-mail übersandten Texte wurden gelöscht, die Ausdrucke vernichtet.

Bowling statt Betrieb

„Versunkene Welten“ als erste Schau 2004 in der Medien Galerie

Diese Schwarz-Weiß-Fotos zeigen normale Menschen bei normaler Arbeit. Also nichts Ungewöhnliches? Oder doch? Da sind Frauen bei der Essenausgabe, in weißen Kitteln, mit flinken Händen, sicher auch mit flottem Mundwerk, es muss schnell gehen, die Männer warten auf ihr Essen. Teller und Zurufe wechseln über die Theke; die Kamera blickt zur Mittagspause in die Kantine der Bauarbeiterversorgung Berlin-Hellersdorf. Und da sind Männer bei schwerer körperlicher Arbeit an hitzspeienden Öfen, beim Hantieren mit schweren Gussformen in den Berliner Metall-Hütten- und Halbzeugwerken (BMHW).

Der Fotograf Georg Krause hat keine Helden der Arbeit porträtiert, da ist nichts geschönt, er zeigt Menschen bei ihrer wertschöpfenden Arbeit – auch auf dem Weg zum Betrieb, in der Pause, im Duschräum, aber vor allem immer wieder bei ihrem faszinierendem Umgang mit dem glühenden Metall. Man spürt die Hitze, den Staub. Manchen hat er spielerisch Namen verpasst, „der Seiltänzer“, „die Wolgatreidler“ nennt er sie.

Es ist nicht eben lange her, dass diese Fotos in den 80er Jahren entstanden, aber ein Epochenwechsel macht sie zu historischen Dokumenten. Sie entstammen einem Ort und einer Zeit, da Arbeit fotografiert werden konnte. Gä-



Foto: Krause

In der Arbeitspause von Georg Krause auf Zelluloid gebannt – heute historisches Dokument

be es das BMHW heute noch, hätten vermutlich neuere Technologien manches Bild verwandelt. Aber die Arbeitsstätte existiert nicht mehr, die Werkhalle, auf einem Panoramafoto festgehalten, beherbergt jetzt die Bowlingbahn in den „Spreehöfen“.

Berlin-Oberschöneweide war ein Industriestandort, entlang der Spree reihten sich Großbetriebe der metallverarbeitenden Industrie. Sie sind weg, abgewickelt. Soeben hat die „Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“, Nachfolgerin der Treuhand, ihr Bestehen beendet. Es sei, vornehm umschrieben, ihre Aufgabe gewesen, „die vorgefunde-

ne Wirtschaftsstruktur systemgerecht für die Wettbewerbswirtschaft herzurichten“. Günter Grass nannte das mal „ein Schnäppchen namens DDR“. Aus dem überindustrialisierten Osten ist eine Brache geworden. Bowling statt Betrieb. Die eindrucksvollen Fotografien vom Arbeitsalltag zeigen wirklich „Versunkene Welten“, in der Medien Galerie vom 9. Januar bis 20. Februar.

Die Vorschau auf einige Ausstellungen des kommenden Jahres nennt: die besten Fotos von Fotografen unserer Journalisten-Organisation djü; eine Auseinandersetzung mit der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften zum 90.



Am 13. November hat es nun stattgefunden, das Seminar „Wie gehe ich mit Konflikten um?“ für Bildende Künstlerinnen und Künstler. Dieses Thema entsprach dem Wunsch einiger Mitglieder, der in der Umfrage des Vorstandes zur Verbesserung der weiteren Arbeit kundgetan wurde. So trafen sich dann zehn Kolleginnen und Kollegen, um einen Tag lang zu üben, wie kritisiert werden kann, ohne zu verletzen bzw. wie Kritik kreativ genutzt werden kann.

Es ging um grundlegende Prinzipien der zwischenmenschlichen Kommunikation, um Gesprächsregeln und, und, und.

Es ist kaum zu glauben, aber das Nachdenken über das richtige Streiten und das praktische Üben hat den Teilnehmern tatsächlich Spaß gemacht. Was nicht zuletzt der guten Seminarführung von Dr. Dorle Gelbhaar geschuldet war. Die Teilnehmer bedauerten, dass das Seminar nur für einen Tag geplant war und hoffen auf eine Fortsetzung. **A.J.**

Jahrestag des Beginns des I. Weltkriegs; die Agenda 2010 im Visier von Karikaturisten. Zum 40. Todestag von Viktor Agartz soll an Gewerkschaftschicksale im Kalten Krieg erinnert werden.

Annemarie Görne

Am Anfang hatten fünf junge Menschen die Idee, die Realitäten der neoliberalen Globalisierung für jeden sichtbar zu machen. Dazu mobilisierten sie in Netzwerken und Organisationen. Eine Initiative, die von Gewerkschaftern, Attac-Aktivisten, Kinobetreibern sowie Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung entstand. Die Filme des ersten globalisierungskritischen Filmfestivals globale03 lenkten vom 4. bis zum 10. Dezember in den Berliner Kinos Eiszeit und ACUD den Blick auf eine Welt, in der immer mehr Lebensbereiche von Profit-Logik und Ausbeutung dominiert werden. „Da politische Filme eine politische Bewegung brauchen, wollten wir mitten im

Leinwände frei für die erste „globale“

60 Streifen beim globalisierungskritischen Filmfestival

Geschehen bleiben“, so die Veranstalter. Zu vielen Filmen wurden Filmemacher und Experten in Diskussionsrunden geladen. Das Programm von mehr als 60 Filmen und Clips reichte von der Selbstdokumentation indonesischer Palmarbeiter bis zum Streikkrimi beschossener Hafnarbeiter an der US-amerikanischen Westküste. Letzterer stammt übrigens von laborB, einer Initiative gewerkschaftlicher Medienaktivisten aus Berlin. Ihnen geht es „um Arbeit im globalen Sinn, die Perspektiven von

betrieblichen und gewerkschaftlichen Bewegungen, die in einer deutschen Medienöffentlichkeit zwischen Tagesschau und TV Total keinen Platz finden“.

Als vollen Erfolg wertete das globale-Team auch die Resonanz auf das Angebot vom 29. November. Obdachlose, Asylbewerber und Schüler waren zu einer kostenlosen Vorstellung der Dokumentation „Image ist nichts...?“ geladen worden. Der halbstündige Streifen des Internationalen Arbeitskreises der IG-Metall-Ju-

gend erhielt den 3. Preis der Otto-Brenner-Stiftung. Unter dem diesjährigen Motto „Fit for Fair“ zeichnete die wissenschaftliche Stiftung der IG Metall damit besonderes Engagement von jungen Menschen aus, die sich kritisch mit den weltweiten Arbeitsbedingungen in der Sportswear-Industrie auseinandersetzen. Die globale soll nun jährlich wiederholt werden. Zugereiste Kollegen haben schon Interesse bekundet, für Ableger in ihren Städten zu sorgen. **Hannes Heine**

LANDESBEZIRK

Medien Galerie: Fotoausstellung „Versunkene Welten“, in der Medien Galerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin, vom 9. Januar bis 20. Februar 2004.

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Container des Gewerkschaftshauses, Köpenicker Str. 55.

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Umlandstr. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

JOURNALISMUS

Presseportal für Marktvergleiche und Sonderkonditionen für Journalisten: Unter www.pressesprecher.de betreiben junge Journalisten seit zwei Jahren ein nicht-kommerzielles Internetportal, das von Medienschaffenden auch als Kontaktbörse zu zahlreichen Unternehmen genutzt werden kann.

TAGUNG

Gewerkschaften und Gewerkschaft am Ende der Weimarer Republik

Im Zuse-Institut Berlin, Takustraße 7, Berlin-Dahlem
Am 30. Januar 2004,
9.00 bis 16.30 Uhr
Die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik der rot-grünen Bundesregierung wird von Kritikern aus den Gewerkschaften mit dem Zusammenbruch der sozialen Sicherungen gegen Ende der Weimarer Republik verglichen. Mit der Frage nach tatsächlichen Parallelen und Unterschieden setzen sich eingeladene Referenten (u.a. Prof. Klaus Peter Kisker, Prof. Wolfgang Wippermann, Dr. Detlev Brunner, Prof. Siegfried Mielke) und Experten bei einer Podiumsdiskussion auseinander. Anmeldung und Anfahrt bei der Kooperationsstelle FU-DGB unter Tel.: 0 30/ 83 85 14 69.

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 0 30/ 86 31-24 20) Nachweise journalistischer Tätigkeiten nicht vergessen!

Presseausweis der IOJ: Jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr in der Köpenicker Str. 55, Zi. 11.17 im Container. E-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

Journalistenstammtisch: Jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof.

RFAV MEDIEN

Statt einer Weihnachtsfeier lädt der Vorstand die Kleindarsteller am 21. Januar 2004 19 Uhr zu einer Vorstellung der „Gräfin von Gerolstein“ ins Deutsche Theater ein. Unkostenbeitrag 5 Euro. Interessen melden sich bitte bei Dietrich Peters (Tel. 8631 2411).

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant „Götterspeise“ in der Neuköllner Oper, U-Bahnhof Karl-Marx-Str. (U7).

Stammtisch für Kleindarsteller: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes Berlin-Brandenburg eingeladen! Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 55, Raum 5.21, Termine unter Tel.: 86 31-24 02.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 55. Ulla Pingel (Tel. 621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

Die Redaktion B.A.M.M. Berliner Arbeitsmarktmagazin lädt Interessierte zur Mitarbeit ein. Die Redaktionssitzungen finden mittwochs ab 16 Uhr im Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10 (U 6: Platz der Luftbrücke) statt. Das in der Freizeit erarbeitete Fernsehpro-

gramm wird jeden Montag ab 19.00 Uhr ausgestrahlt und sonntags um 20.30 Uhr vorproduziert (Offener Kanal Berlin). Am 13. und 20. Januar auch Rundfunksendungen. Die Redaktion a.i.d.a. (Arbeiter-Interessen darstellen + aneignen) sendet weiter donnerstags um 21 Uhr im Offenen Kanal.

KULTUR & BÜHNEN

Zur Vorstandssitzung am 12. Januar um 16.30 Uhr sind alle interessierten Mitglieder herzlich eingeladen. Themen: Der Vorstand stellt sich vor; Diskussion zu aktuell-politischen und theaterspezifischen Themen, Imbiss inklusive. Ort: ver.di-Haus, Köpenicker Str. 55, Raum 5.21. Um Anmeldung wird unter Tel. 86 31 24 12 gebeten.

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden alle drei Wochen statt. Rückmeldungen über die Teilnahme bitte rechtzeitig an Georgia Weiland (Tel. 86 31-24 12), damit stimmberechtigte Nachrücker eingeladen werden können. Nächste Termine: 9. Februar (erweiterter Vorstand), 1. März.

SEMINARE

Non Profit Radio: Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin. Informationen zu den Kursen: 030/68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de. Die NPR-Hörfunkschule bietet ab 2004 wieder Kurse an: „Kiezreporter“ – der schnelle Weg zum hörbaren Radio (Anm.schluss: 22.01.04), „Sprechtechnik“ (02.02.), „Sprechen und Moderieren“ (09.02.) „Nachrichten im Hörfunk“ (16.02.).

Gesellschaft für innovative Bildung mbH (BSD) Berlin: Computerkurse sowohl an Abenden oder auch am Wochenende, Infos: 030/44 37 60, Fax: 030/9 25 38 31, E-Mail: info@bsd-berlin.de.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

VER.DI
IM INTERNET

<http://www.bb-verdi.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Köpenicker Str. 55
10179 Berlin
Tel. 030/86 31-0

Seniorengruppe Funkhaus: Mitgliederversammlung am 18. Februar, 14 Uhr, im Funkhaus Napolestraße, Sendesaal Block B, Thema: siehe „Seniorenecho“.

Gerhart-Eisler-Kreis: Debatte mit Victor Grossmann zum Thema: Die USA zwischen Irak-Krieg und Präsidentschaftswahlen, am 11. Februar, 14 Uhr, Raum 505, Block A, 5. Etage

FRAUEN

Der Frauenstammtisch des Fachbereiches 8 trifft sich an jedem 3. Donnerstag in ungeraden Monaten um 18 Uhr im „Casalot“, Claire-Waldoff-Str.5 (hinter der Dreispitzpassage, Oranienburger Tor, U6)

Sprachrohr 1/04

erscheint am 1.3.2004
Redaktionsschluss am 26.1.04

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel: 030/86 31-0.
Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.
Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

Reform ist, wenn es besser wird

Fünf oder zwei Gerichtsbarkeiten – über die Zusammenlegung streiten sich die Geister

Nimmt man das geflügelte Wort ernst, dass durch Reformen alles besser werden soll, dann scheiden sich die Geister in der Diskussion um eine einheitliche öffentliche Gerichtsbarkeit. Sollen Finanz-, Verwaltungs- und Sozialgerichte künftig zusammengelegt werden? Der Bundesrat hat die Bundesregierung beauftragt zu prüfen, ob das im Sinne eines schlanken Staates sinnvoll ist. Speziell die Debatte um die Eingliederung der Arbeits- und Sozialgerichte polarisiert, wie eine Ende November zum Thema einberufene DGB-Fachtagung in Berlin zeigte.

„Nur wenn die bestehenden Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeiten erhalten bleiben, kann dem berechtigten Interesse von mehr als 38 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an der Einhaltung der arbeits- und sozialrechtlichen Gesetze Rechnung getragen werden,“ so die Position von Ursula Engelen-Kefer, stellv. DGB-Vorsitzende. Bürgernah, mit großer Sachkenntnis um die komplizierten Probleme des Arbeitsmarktes und der Arbeitswelt, müssten Rich-

richtes Berlin Karin Aust-Dodenhoff den Vorschlag, die Arbeitsgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit einzugliedern. Er negiere die in komplexer werdenden Lebensverhältnissen liegenden Gründe, die schon vor mehr als 100 Jahren zur eigenständigen Entwicklung geführt hätten. Der 1953 durch das Arbeitsgerichtsgesetz abgeschlossene Prozess der Vonselbständigkeit würde ins Gegenteil verkehrt. Man solle auch die im Februar 1998 durch den Freistaat Sachsen eingebrachte Bundesratsinitiative vor Augen haben und die damals mehrheitlich abgelehnten Argumente nicht wieder aufgreifen. „Es steht außer Frage,“ folgerte die Präsidentin, „dass angesichts der knappen Ressourcen auch die Arbeitsgerichtsbarkeit Beiträge zur Kostenersparnis erbringen muss. Rein fiskalische Erwägungen können und dürfen aber kein Grund sein, die Grundstrukturen der Dritten Gewalt zu verändern.“ Auch in Ländern wie Brandenburg müssten Haushaltsgeber für die Personalausstattung der Gerichte so sorgen, dass zügige Verfahren möglich sind. Das sei „staatlicher Auftrag“ und nicht unter „Vorbehalt des Möglichen“ zu sehen.

Auch die Präsidentin des Berliner Landessozialgerichtes Adelheid Harthun-Kindl skizzierte Gründe für ein Nein. Eine Zusammenlegung von bereits jetzt großen Einheiten in Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit würde zu uneffektiven Strukturen führen. Für die Hauptstadt läge gerade in Dezentralisierung Reformpotenzial. Als „falsches Signal“ gar bezeichnete Klaus Michaelis von der BfA-Ge-

schäftsführung Fusionsbestrebungen, weil sie innerhalb der Sozialstaatsdebatte mit weiteren Leistungseinschränkungen in Verbindung gebracht würden. „Wichtig ist aber, dass sich die Bürger weiterhin im Land aufgehoben fühlen.“

Wasser in den Wein der Einmütigkeit gießen

Völlig anders bewertete Michael Steindorfner vom Justizministerium Baden-Württemberg die Situation. Er teile die Meinung des BGH-Präsidenten Hirsch, wonach fünf juristische Zweige „Luxus“ seien und wolle mit der Forderung nach umfassender Justizreform gern „Wasser in den Wein der Einmütigkeit“ gießen. Sein Bundesland ist beauftragt, bis zur nächsten Justizministerkonferenz einen Vorschlag für eine „einheitliche Fachgerichtsbarkeit“ zu erarbeiten. Danach soll entschieden werden, wie es weiter geht.

„Wir wollen den Versuch wagen, an die Struktur heranzugehen und dabei unkonventionell abwägen,“ erläuterte Steindorfner. Allein die Zusammenführung zweier großer Gerichte an einen Standort – nach Karlsruhe – und die Bündelung von Aufgaben und Sachmitteln hätte bereits eine halbe Mio. Euro Einsparungen gebracht. Zu überlegen sei, ob sich die Justiz nicht künftig auf ihre Kernaufgaben beschränken und Bereiche wie Gerichtsvollzieher oder Bewährungshelfer an freie Träger oder als freie Berufe auslagern sollte. „Nicht nachvollziehbar“ sei, warum Deutschland sich

nicht auf eine einheitliche Gerichtsbarkeit einigen könne, wie andere europäische Länder auch, warf sich Joachim Stünker, Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, in die gleiche Bresche. Eine einheitliche Rechtspflege brauche keine fünf Gerichtsbarkeiten mit unterschiedlichen Verfahrensordnungen. Mit einer „Klein-klein-Diskussion“, befürchtete der langjährige Richter, sterbe die Reform, bevor sie angefangen habe.

„Wir sind nicht vernagelt und bestehen darauf, dass alles bleibt, wie es ist,“ setzte die DGB- Vize Engelen-Kefer entgegen. Es habe sich schon vieles geändert, und man wisse um den Sparzwang. Entscheidend sei die Professionalität. „Wir brauchen Richter, die sich detailliert mit der tatsächlichen Arbeitsmarktsituation auskennen, weil Arbeits- oder Sozialrechtsprechung immer existenzielle Lebensbereiche betrifft.“ Eine Zusammenlegung schwäche

Sozialen Frieden erhalten

professionelles Agieren. Gespart werden dürfe nicht bei Richterinnen und Richtern, wohl aber im „Overhead“-Verwaltungsbereich. Alle Überlegungen müssten davon ausgehen, dass der soziale Frieden auch in Zukunft erhalten bleibe.

Über das weitere Vorgehen wird die Konferenz der Justizminister im Frühjahr 2004 entscheiden. Die Debatte allerdings geht weiter. **Bettina Erdmann**

Kompetenz der Fachgerichte hat Priorität

terinnen und Richter entscheiden. Deshalb habe die Kompetenz und Eigenständigkeit der Fachgerichte oberste Priorität. „Beide Gerichtsbarkeiten verwirklichen den Gedanken des sozialen Rechtsstaates, der Risiken zwischen Starken und Schwachen ausgleichen soll.“

Für „anachronistisch“ hält die Präsidentin des Landesarbeitsge-